



warre vierzig Musikinstrumente genommen und hat von dort aus über den Hermannplatz, durch die Hofstraße, Bergmannstraße und Friesenstraße nach dem Tempelhofer Feld gezogen. Unter Vorantritt einer Musikkapelle marschierten die Turn- und Sportvereine, die Jugendbünde und Kinder an der Spitze, denen einige Familien mit festlich geschmückten Kindergruppen folgten. Dahinter kamen die Kriegesbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Es folgten in großer Anzahl die Straßenbahner, die ihr eigenes Musikkorps hatten, und hinterher die Postbediensteten und einige Bezirke unseres Artillerieins. Den Schluß bildeten unter Führung eines dritten Musikkorps die übrigen Bezirke. Schätzungsweise betrug die Teilnahme an dem Zuge, dessen Vorbereitungen dreiwertel Stunde dauerte, 12-15 000 Personen.

Nachdem die Massen sich um die fünf improvisierten Rednertribünen gruppiert hatten, erkundete ein Truppsignal den Beginn der Feier. Vom Gesangsverein „Kreuzberger Harmonie“ wurden in vorzüglicher Weise die Lieder „Empor zum Licht“ und „Ich warte dein“ einleitend zum Vortrag gebracht, während ein Musikkorps zwischendurch die Marschläufe intonierte. Dann besaßen die Festredner die Tribüne, die Genossen Luise Fiedl, und die Genossen Stoltz, Berger, Harnisch und Schaefer-Knecht. In einer kurzen, podenden Ansprache wiesen sie auf den Sinn der Märsche hin und wendeten das Verständnis für die Aufgaben, die des Proletariats hatten. Dann erfolgte der Abmarsch.

### Auf dem Wittenberg-Platz.

Am Wittenbergplatz versammelten sich die Genossen aus Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf. Zu vielen Tausenden strömten die Massen mit roten Fahnen und Bannern von allen Seiten dem Platz zu. Die Straßenbahner, Postangestellten, Eisenbahner, die Angestellten der Hoch- und Untergrundbahn, der Feuerweh, auch eine Anzahl von Schülern marschierten in langen Zügen in ihren Dienstuniformen hinter der eigenen Kapelle der Straßenbahner, ihre Solidarität mit den Arbeitern damit bekundend. Die Genossen Dr. Moses, Löwenstein und Wegmann feierten unter begeisteter Zustimmung der Massen die Bedeutung des 1. Mai. Mit Hinweisen auf die Internationale und die proletarische Weltrevolution wurde die Kundgebung geschlossen. Die Massen zogen in geschlossenen Zügen wieder zurück.

### Die Abendfeiern.

In Wilmersdorf fand abends in den Pracht Sälen des Hofens eine künstlerische Veranstaltung zur Feier des 1. Mai statt. Tausende waren herbeigekommen. Das Beethoven-Trio brachte Kommerzmusik von Beethoven und Mozart, Frau Manja Barzan sang einige Lieder. Tilla Durieux, unsere große und feine Freundin, ist wie immer durch den Vortrag revolutionärer Gedichte die Menge zu einem Vegetationssturm hin. Die Festansprache hielt Genosse Krieger, und seinen internationalen Charakter erhielt der Abend durch die Rede eines russischen Genossen und durch die Ansprache des französischen Genossen Landrien, eines Redaktors unseres Pariser Brudersblattes der „Humanité“, der für wenige Tage in Berlin weilte. Der bewusste Beifall, mit dem die Worte der Ausländer aufgenommen wurden, beweist, daß das deutsche Proletariat keine Grenzen und keine Nationen kennt.

Auch in mehreren anderen Distrikten fanden Nachmittags- und Abendfeiern unter sehr starker Beteiligung statt.

In Prenzlauer Berg fand die Märschversammlung zu einer gewaltigen Demonstration der revolutionären Arbeiterschaft. Schon früh rücken die städtischen Straßenbahner mit der Musikkapelle heran; auch die Straßenbahner der Großen Berliner von Bahnhof Schönhauser Allee und der Bauabteilung waren fast vollständig zur Stelle, ebenso die Eisenbahner von Prenzlauer Berg und die Genossen des internationalen Bundes der Kriegesbeschädigten, die Arbeiterorganisationen mit geschmückten Kindern und der „Freie Jugend“. Der Nachtrag war voll besetzt, als der Gesangsverein „Populärer Arbeiterchor“ mit einem Lied die Feier einleitete. Das Referat hatte Genosse Hermann Weise übernommen, der die Bedeutung des Tages für das revolutionäre Proletariat würdigte. Nach Vortrag eines Kampfliedes durch die Arbeiterjungen wurde die Versammlung geschlossen. Nun formierte sich ein ungeheurer Demonstrationzug, wie ihn Prenzlauer Berg in solcher Ausdehnung wohl nicht erlebt hat. Durch die Kinder, viele Hundert an der Zahl, festlich geschmückt und geleitet, dann die Musikkapelle, das Chorale der Straßenbahner, die Kriegesbeschädigten, die Eisenbahner und die einzelnen Gruppen der Organisation. Um 11 Uhr langte der Zug am Rathaus an, das mit einer großen roten Fahne geschmückt war. Genosse Paul Schindler hob in einer Ansprache hervor, daß dem Bürgerum nur wohl die Augen aufgeschlossen sein müssen, daß die große Mehrheit von Banken auf Seiten der revolutionären Arbeiterschaft steht. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die revolutionäre internationale Sozialdemokratie erreichte die Demonstration ihr Ende.

Lichtenberg. Zu einer noch größeren Kundgebung gestaltete sich die von der U. S. P. veranstaltete Märschversammlung. In ihrer endlosen Züge kamen die einzelnen Viertel unter Vorantragen von Bannern und Fahnen in leuchtendem Rot, von Schildern mit auf den Tag bezugnehmenden Aufschriften, geschlossen nach der Parkaue, gezogen, den großen Raum bis auf den letzten Platz füllend. Im Zuge sah man u. a. den internationalen Bund der Kriegesbeschädigten, die Arbeiter-Sänger, Turner und Turnerinnen und Hunderte von festlich geschmückten Kindern. Genosse Käfer wies in kurzen kraftvollen Worten auf die Bedeutung besonders dieses 1. Mai hin, als Demonstration gegen den Krieg, für den Abwehrkampf, gegen jegliche Klassenherrschaft und Ausbeutung und für die Verwirklichung des Sozialismus. Unter Vorantritt von zwei Musikkapellen formierten sich sodann die Versammelten zu einem imposanten Demonstrationzug durch den Ort, einem Zuge, wie ihn Lichtenberg aus Anlaß des 1. Mai noch nicht gesehen hat. Nach etwa einhalbhundert Metern auf dem Gärtnerplatz angelangt, löste sich der Zug auf und die Viertel zogen einzeln nach ihren Versammlungsorten zurück. Von irgendwelchen Veranstaltungen anderer politischer Arbeiterorganisationen ist noch außer hin nichts bemerkt worden.

Zu einer großen Demonstration von mindestens 2000 Teilnehmern gestaltete sich die Märschfeier der U. S. P. D. in Steglitz und Friedenau. Vormittags um 10 Uhr fand im festlich geschmückten Bürgerhaus des Rathauses die Feier unter künstlerischer Mitwirkung des Gesangsvereins Friedenau-Siegfried statt. Genosse Stein hielt die Festrede, Frau Bloch trug eindrucksvolle Deklamationen vor. Die Anwesenden versammelten sich hierauf zu einem Demonstrationzug und zogen mit Bannern und Standarden unter Begleitung von Gesang am Stoglauer Rathaus vorbei nach dem Duppelplatz. Dort wurde nach kurzer Ansprache der Zug mit Hochrufen aufgelöst.

In Treptow wurden in vier Schulen Schulfeiern veranstaltet. Die sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen hielten Vorträge vor den Kindern. Märschgesangsvereine verkündeten das Fest. Die Kinder sammelten sich und zogen mit roten Fahnen nach dem Mariannenplatz, von dort aus mit Musik und Gesang zum Treptower Park. Hier hatte sich eine vollaufendliche Menschenmenge versammelt, zu der der Genosse Ruisch über die Bedeutung des 1. Mai sprach. Besonders hervorzuheben ist, daß ein Abordnungsbote von Sowjet-Rußland, Genosse Schapnikow, gleichfalls zu der Menge sprach. Die Rede geben wir an anderer Stelle wieder.

In Riebersohnhausen hatten sich auf dem Friedensplatz viele Hunderte Männer und Frauen zur Demonstration versammelt. Die Genossen und Genossinnen von Blankenfelde schlossen sich an. Die Straßenbahner vom Bliesener Bahnhof waren

vollständig zur Stelle, ebenso die Gemeindefreier von Riebersohnhausen. Das Referat hielt der Genosse Allen, der in vorzüglicher Weise auf die Bedeutung des Tages hinwies. Der Gesangsverein „Zukunft“ berichtigte durch Vorträge von Arbeiterliedern die von gutem Geiste besetzte Versammlung. Mit einem Umzug durch den Ort, an dessen Spitze die Kinder marschierten, wurde die Feier geschlossen.

Johannisthal. Die Demonstrationsvorstellung gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung. Anwesend waren etwa 700 Personen. Das Referat des Genossen Freud wurde mit großem Beifall aufgenommen. Auch durch Riebersohnhausen bewegte sich ein Demonstrationzug.

In Schöndorf fand die Märschfeier aller drei sozialistischen Parteien — U. S. P., A. P. D. und S. P. D. — gemeinsam statt. Die Festrede des Genossen Stöffinger wurde mit großem Beifall aufgenommen. Regitationen von Tilla Durieux und das Spiel des Lambino-Trios gaben der Feier ihre künstlerische Weihe.

Die Genossen von Teltow leiteten die Feier mit einem Vormittags-Ausflug nach Stahndorf ein. Um 1 Uhr mittags formierte sich die Arbeiterschaft zu einem imposanten Demonstrationzug durch die Stadt unter Mitwirkung von 2 Musikkapellen. Die freien Turner, die Straßenbahner nahmen geschlossen teil. Auf dem Schützenplatz hielt Genosse Lange die Festrede. Er schloß mit den Worten, daß der alten Internationale muß folgen eine Internationale der Tat, des Kampfes und des Sieges. Turnerische Verfassungen der Jugend und der freien Turnerschaft schlossen sich an.

Die Märschfeier in Rheinsberg gestaltete sich zu einer imposanten Märschdemonstration der U. S. P. D. und S. P. D. Vormittags 9½ Uhr fand im überfüllten Saal von GutsMuths die Festversammlung statt, die von über 600 Personen besucht war. Genosse Bogeler (U. S. P. D.) hielt die Ansprache. Unter den Klängen sozialer Kampflieder zog dann der Festzug durch die Stadt, an dem sich von den 3000 Einwohnern Rheinsbergs über 1000 Männer und Frauen beteiligten. Den deutsch-nationalen Einwohnern der Stadt wurde durch die Märschdemonstration der Beweis geliefert, daß die Arbeiterschaft die Aufgaben und Ziele des Sozialismus klar erfaßt und erkämpft hat.

Auch in Röhren, einem kleinen Orte bei Rheinsberg, fand am Nachmittag ein Märschfest statt, an dem fast die gesamten Einwohner — etwa 1000 Männer und Frauen — die zum großen Teil dem Deutschen Landarbeiter-Verband angehören, teilnahmen. Auch hier sprach Genosse Bogeler.

In der Heimstätte Wättern versammelten sich etwa 100 Parteiliche zu einer Märschfeier. Festlich hielt das Referat und gedachte der gefallenen Kämpfer im Ruhrgebiet. Die Feier wurde durch einen Gesangsbeitrag der Parteilichen „Der Freiheit Sieg“ eingeleitet.

Der Konsumisten-Partei-Bund, Bezirk Groß-Berlin U. S. P., demonstrierte durch einen geschlossenen Zug der Mitglieder von der Gleditschstraße bis zum Versammlungsort, Friedrich Wilhelm-Straße 10, Gleditschstraße 10. Eröffnete insoweit besonderer Umstände erst am Tage vorher bestimmtes über das Unternehmen bekannt gegeben werden konnte, hatten sich an 300 Teilnehmer eingefunden. Am Versammlungsort sprach der Genosse Meier, dessen Rede durch die Dolmetscherin, Frau Kästel in der Reichensprache überleitet wurde, und die teilnehmenden Genossen Vertius, Adermann, Gade und Hoppe. Das Organ des Bundes erschien im Festgewand. Da diese Nummer der „Wochenzeitung“ des Konsumisten-Partei-Bundes auch für die Kreisparteien ein wichtiges enthält, wäre es sehr erwünscht, daß sie weite Verbreitung findet, damit auch die hiesigen Genossen einen Einblick in das Leben der Konsumisten-Genossen erhalten. Es sind noch eine Anzahl Exemplare in der Redaktion der „Wochenzeitung“, Mittelstraße 10, zum Preise von 50 Pf. portofrei zu haben.

### Die Märschfeiern der Kommunisten.

Die kommunistische Partei Deutschlands (Sportklub) veranstaltete am 1. Mai in Groß-Berlin 12 Versammlungen, darunter auf dem ehemaligen Exerzierplatz an der Schönhauser Allee eine unter freiem Himmel. Die Redner schilderten die Entwicklung der Revolution in Deutschland seit dem 9. November und beschuldigten vor allem die führenden Mehrheitssozialisten des Verrates an der Revolution. Diese hätten im entscheidenden Augenblick die Arbeiterschaft im Stich gelassen und sie seien veranlaßt zu machen für das Blut von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner und Lenau. Die Hoffnung des deutschen Proletariats zeige nach Rußland hin, in dem unter der Herrschaft der Sowjet trotz aller Lügen der bürgerlichen Presse das Proletariat anfangs glücklich zu leben.

Die Redner streiften dann ausführlich die Vorgänge im Ruhrgebiet und suchten zu beweisen, daß sich in der Regierung seit dem Abgang Rathes nichts geändert habe. Es sei derselbe Raden, nur eine andere Nummer. Die Reaktion werde nicht früher beseitigt werden können, bevor nicht nur sämtliche Offiziere, sondern auch alle reaktionärverhaftigen Beamten reiflich bestraft und durch Volkskommissare als Vertrauensleute des revolutionären Proletariats ersetzt werden. Zum Schluß forderten die Redner die Mitglieder der Partei auf, sich an den Reichstagswahlen zu beteiligen und für die Kandidaten des Sportklub-Bundes zu stimmen. Dabei dürfe aber keineswegs das große Ziel der Arbeiterrepublik und der Diktatur des Proletariats außer acht gelassen werden, beides Ziele, die nicht im Parlament, sondern nur außerhalb desselben verwirklicht werden können.

Die kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands veranstaltete 11 öffentliche Märschfeiern. Ein harter Demonstrationzug bewegte sich unter Vorantragung von roten Fahnen nach Friedrichstraße zu den Gräbern Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

### Die Märschfeier der S. P. D.

Die S. P. D. hielt in Groß-Berlin acht öffentliche Versammlungen ab, in denen bekannte Parteiführer sprachen. Der Besuch der Versammlungen war nicht stark, Kundgebungen unter freiem Himmel wurden überhaupt nicht veranstaltet, jedenfalls in der Voraussetzung, daß sich Massen dafür nicht auf die Weite bringen ließen. In den Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der verschiedene politische Forderungen erhoben werden und der Kampf gegen rechts und links angekündigt wird. Die Resolution sagte, daß die Rechtssozialisten aus dem Kampf nichts gelernt haben und auch nichts lernen wollten. In der Vor-Draueri versuchte Richard Fischer die Regierungspolitik zu verurteilen. Er machte dabei über die Unabhängigen einige recht tödliche Bemerkungen. Für die Rechtssozialisten hat die Märschfeier jede Bedeutung verloren. Was Recht wendet sich daher die Welle von ihnen ab. Sie marschiert in richtiger Erkenntnis der Lage unter den Fahnen der U. S. P. D.

### Die Märschfeier im Reich.

Die Märschfeier ist im ganzen Reich ruhig verlaufen. In München ruhten alle industriellen Betriebe. Die Geschäfte waren wie sonst geöffnet. Am Vormittag fanden in den größten Sälen die Versammlungen der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien statt, zu denen die Massen in geschlossenen Zügen antraten. Auf dem Friedhof fand die Grundsteinlegung für ein Denkmal zum Andenken an die Opfer der Revolution statt. Der Aufmarsch dorthin vollzog sich in großen Zügen unter Absingung revolutionärer Lieder. Die bewaffnete Macht hatte den ganzen Tag über Bereitschaft, doch verlief der 1. Mai in München völlig ruhig. Auch in Frankfurt a. M. ist der 1. Mai ruhig und ohne Zwischenfälle verlaufen. In den großen Betrieben wurde allgemein gefeiert. Auf den Straßen ging es lebhafter zu als sonst. Besonders in den Hochgebirgen. In denen sich die Massen zu

den Versammlungen zu Fuß begeben mußten, denn die Straßenbahn war vom Betrieb ab, der sich der Auffassung des Gewerkschaftsvereins anschloß, als nicht lebenswichtiger Betrieb anerkannt worden und verkehrt nicht.

In Obereschlesien wurde die Märschfeier, wie uns ein Privattelegramm meldet, unter sehr großer Beteiligung begangen. Es formierten sich Umzüge von zehntausenden Teilnehmern. Besonders stark war die Beteiligung in Hindenburg. Auch die polnischen Sozialisten demonstrierten in großen Massen. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

## Die Kandidaten der U. S. P. Berlin zur Reichstagswahl.

In der Generalversammlung des Bezirks Berlin-Stadt am Freitag wurden nachstehende Kandidaten zur Reichstagswahl aufgestellt:

1. Louise Rich 425 Stimmen, 2. E. Eichhorn 411, 3. Georg Lebelour 409, 4. Art. Christoph 400, 5. Dr. Moses 369, 6. Ka. Hoffmann 363, 7. S. Mathias 314, 8. W. Hoffmann 298, 9. Dr. Weinberg 289, 10. Rich. Müller 276, 11. Dr. P. Herz 256, 12. Johanna Ludwig 242, 13. Mathilde Wurm 239, 14. Kar. Ruisch 225, 15. Paul Edert 179 Stimmen.

## Deutschnationaler Wahlauf Ruf. Tiefste Verlogenheit.

Nun hat auch die Deutschnationale Volkspartei ihren Wahlauf Ruf veröffentlicht. Seinen Charakter erhält er, wie nicht anders zu erwarten war, durch die starke Betonung der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Bolschewismus. An nicht weniger als drei Stellen wird der bolschewistische „Gefahr“ Erwähnung getan. Die Regierung habe durch Ausruhmung des Generalstreiks den roten Terror entfesselt und durch Ablehnung der bolschewistischen Gefahr den Feind ins deutsche Land ziehen helfen. Am Wahltage gelte es, Einspruch zu erheben gegen die das Volk unseres Volkes verzerrende Mißwirtschaft, gegen die verfassungswidrige Entziehung weiterer Volkskreise, gegen die tatsächliche Begünstigung des Bolschewismus durch eine rücksichtslose Parteiregierung. Alle Kräfte müßten zusammengeführt werden gegen die Gefahren des volksfremden, kulturzerstörenden Bolschewismus.

Sinter dem Bolschewismus rangiert gleich das Judentum. Die Deutschnationalen versichern zwar schamhaft, daß sie jeden zerknappenden, unendlichen Geist bekämpfen, möge er von jüdischen, oder anderen Kreisen ausgehen; sie erklären aber, daß die Vorherrschaft des Judentums seit der Revolution in der Regierung und der Öffentlichkeit immer verhängnisvoller hervortrete. Sie verlangen außerdem die Unterbindung des Zustroms fremdstämmiger über die deutschen Grenzen.

Im übrigen zeichnet den Aufruf eine tiefe Verlogenheit aus. Sowohl in dem, was er sagt, wie in dem, was er verkümpft. So wird der Mehrheit der Nationalversammlung die Schuld an dem „Schmachfrieden“ von Versailles und an dem Verlust seiner Handelsflotte zugeschoben. Man hält die deutschnationalen Wähler für verblendet genug, zu glauben, daß sie jenseitig Verbrecher, die den Krieg entfesselt und frivol verlängert haben, nicht sehen. Desgleichen wird die Revolution für die Schuld des Reiches verantwortlich gemacht. Von der leichtfertigen Finanzpolitik des Herrn Helfferich und von dem Bankrott, den der Krieg herbeigeführt hat, ist natürlich nicht die Rede.

Positiv verlangt die Partei u. a. eine feste und würdige äußere Politik. Für fest und würdig hält sie wahrheitsgemäß das nationalistische Geschrei und die Hellen der Versner und Konjorten. Außerdem fordert sie bessere Versorgung der Truppen. Wir fragen erstaunt: nach besserer? Wir wundern uns aber nicht im geringsten darüber, daß die Deutschnationalen die Beibehaltung der „erprobten“ Einwohnerwehren in ihr Programm setzen. Natürlich gehört auch die freie Wirtschaft zu den Wünschen der Reaktionäre. Sie reden freilich etwas von der freien Wirtschaft „in den Grenzen des Gemeinwohls“, aber das Gemeinwohl wird bei ihnen bekanntlich vertreten durch Großgrundbesitzer und Großindustrielle.

Verlogen ist auch die Versicherung, nach der die Herrschaften von Helfferich und Hergt allen Kreisen des Wirtschaftsliebens, auch den geistigen und körperlichen Arbeitern, ihren Schutz angeheben lassen und die Erringung des gleichen Rechts für alle Volksteile sich zum Ziel gesetzt haben. Von dieser Gleichberechtigung wegen Leute zu sprechen, die durch freundliche Vermittlung des Grafen Westary zu Kostgängern der immer noch lebendigen konservativen Fraktion des seligen preussischen Herrenhauses geworden sind.

Was zu einem gewissen Grade wertvoll ist die Unwahrscheinlichkeit, mit der man die Absicht der Wiederherstellung der Monarchie verkümpft. Sie beweist uns, daß zur Zeit mit dem offenen Bekenntnis zu Wilhelm II. und der ganzen Gottesgnaden-Sippe im deutschen Volke keine Geschäfte zu machen sind.

Nur in einem Punkte sind die Herren von der äußersten Rechten wenigstens einigermaßen ehrlich. Sie versagen es sich, den Ruisch der Kapp und Lüttich zu verurteilen und gestehen damit ein, daß ihre vorhergehenden Versuche, von dem freien Unternehmen abzurufen, nicht gar zu ernst gemeint waren. Wir werden sie also in dem Wahlkampf als die Genossen der militärischen und junckerlichen Umstürzler und Gewaltpolitiker behandeln dürfen.

Kommunifizierung von Wirtschaftsbetrieben. Dem Reichrat ist der Entwurf eines Gesetzes über die Kommunifizierung von Wirtschaftsbetrieben nebst Begründung vom Reichsministerium des Innern vorgelegt worden.

Das russisch-italienische Gefangenaustausch-Abkommen ist in Kopenhagen von Litwinow und dem italienischen Vertreter Grosini unterzeichnet worden.

Die russisch-lituanischen Friedensverhandlungen sollen Anfang Mai in Moskau beginnen. Für diesen Zweck ist eine litauische Abordnung bereits von Rowno nach Moskau abgereist.

Americas Beteiligung an der Finanzkonferenz. Die aus Washington gemeldet wird, nehmen die Vereinigten Staaten an der internationalen Finanzkonferenz in Drüssel teil, haben sich aber geweigert, die Schulden der Alliierten untereinander zu verteilen.

# Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg.

Am gestrigen Sonntag fand im Volkshaus, Weinbergweg, die zweite Fortsetzung der am Freitag begonnenen Generalversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. Der Vorsitzende, Brühl machte vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt, daß zwischen der heutigen und der letzten Tagung eine Aussprache und Verständigung aller am Generalstreik beteiligten U. S. P. D.-Körperschaften über die zur Debatte stehenden Fragen stattgefunden hat und schlägt aus diesem Grunde vor, von einer weiteren Diskussion Abstand zu nehmen und nur den beiden Referenten sofort das Schlusswort zu geben. Die vorliegenden Resolutionen sollen damit ebenfalls als erledigt betrachtet werden. Gen. Wolff Hoffmann wendet sich dagegen. Es wird hierauf beschlossen, die Debatte fortzusetzen.

Als erster Diskussionsredner erhält das Wort der Gen. Stöcker. Er betont, es habe lediglich die Absicht, einige Worte gegen die Scheinweise der „Freiheit“ zu sagen. Trotz der wiederholten Versicherungen, die er als Mitglied des Parteivorstandes Mitgliedern der Redaktion gegenüber gemacht habe, sei bis heute noch nichts davon zu spüren, daß die „Freiheit“-Redaktion die Absicht habe, das Blatt im Geiste der Beschlüsse des Leipziger Parteitag zu setzen. Der Leipziger Parteitag hat den Aufruf aus der Zweiten Internationale vollzogen und sich im Prinzip für den Anschluß an die Moskauer Internationale ausgesprochen. Wann und wo hat man in der „Freiheit“ zur Klärung über das Wesen der Zweiten Internationale etwas gelesen? Jetzt, wo es zum Wahlkampf geht, hat unsere Presse ganz besonders die Pflicht, den grundsätzlichen Unterschied zwischen Rechtssozialisten und uns klar zu zeigen. Statt dessen habe die „Freiheit“ einen Artikel gebracht, der für die sozialistische Regierung eingetreten sei, trotzdem vorher der Parteivorstand in seinem Wahlauftrag sich festgelegt hatte, daß der Kampf noch den klaren Grundzügen des Leipziger Aktionsprogramms selbständig durchgeführt werden soll. Auch wir wollen die Einigung des Proletariats, aber auf der von Leipzig beschlossenen Grundlage. Wir dürfen nicht in den Fesseln der alten Partei verfallen, den Wahlkampf auf Stimmgang und Mandatschacher einzustellen, sondern müssen klar und deutlich den Massen unsere Ziele vor Augen halten und ihnen sagen, daß wir in den revolutionären Kampfen das wichtigste Mittel zur Erringung des Sozialismus sehen.

Hierauf ergriff Genosse Herz das Wort, um den Standpunkt der Redaktion der „Freiheit“ darzulegen. Die Kritiker der Scheinweise der „Freiheit“ hätten sich die Sache sehr leicht gemacht. Auch bei den Ausführungen des Genossen Stöcker hätte er gewünscht, daß dieser Artikel angeführt hätte, in welchen gegen die Beschlüsse des Leipziger Parteitag verstoßen worden ist und nicht nur allgemeine Redensarten zum besten gegeben hätte. Aber in der letzten Zeit Seltsamkeit genommen hat, die Tätigkeit der Redaktion zu verfolgen, der muß sich darüber klar geworden sein, daß die ihr gestellte Aufgabe kaum zu bewältigen war. Wir wissen selbst, daß von einem sozialistischen Arbeiterblatt wie: Fragen und Gebiete zu behandeln sind, die bisher in der „Freiheit“ kaum Beachtung gefunden haben, doch sind auch dafür gewichtige Gründe und Ursachen vorhanden. Die Behauptung, wir hätten in der russischen Frage völlig versagt, muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Wir haben der ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber Sowjetrußland die Forderung der Anbahnung freier Beziehungen zu Rußland entgegengebracht und dauernd wirksam gut und richtig über Rußland berichtet, zuletzt noch die von Ballo und Krafft, Stoffordnung, Papierknappheit, finanzielle Schwierigkeiten hindern uns an der reiflichen Erfüllung unserer Aufgaben und schaffen uns immer neue Hindernisse. Bemerkung müsse er gegen die Behauptung Stöckers einlegen, daß die Redaktion eine parteiunabhängige Haltung gegenüber der Regierung gegenüber Sowjetrußland die Forderung der Anbahnung freier Beziehungen zu Rußland entgegengebracht und dauernd wirksam gut und richtig über Rußland berichtet, zuletzt noch die von Ballo und Krafft, Stoffordnung, Papierknappheit, finanzielle Schwierigkeiten hindern uns an der reiflichen Erfüllung unserer Aufgaben und schaffen uns immer neue Hindernisse. Bemerkung müsse er gegen die Behauptung Stöckers einlegen, daß die Redaktion eine parteiunabhängige Haltung gegenüber der Regierung gegenüber Sowjetrußland die Forderung der Anbahnung freier Beziehungen zu Rußland entgegengebracht und dauernd wirksam gut und richtig über Rußland berichtet, zuletzt noch die von Ballo und Krafft, Stoffordnung, Papierknappheit, finanzielle Schwierigkeiten hindern uns an der reiflichen Erfüllung unserer Aufgaben und schaffen uns immer neue Hindernisse.

Gen. Oskany wendet sich gegen die Zentrale der Betriebsräte, während Gen. Schneider die Inflationspolitik der Partei verurteilt.

Gen. Roenen unterbreitet in eingehender Weise die Ausführungen Stöckers. Er betont, daß er als Redakteur die von Herz gezeigten lehrreichen Schwierigkeiten durchaus verstehen kann. Es handle sich aber hauptsächlich um die prinzipielle Haltung der „Freiheit“-Redaktion. Ganz besonders die Stellung zur Dritten Internationale sei nicht die, die wir auf Grund der Haltung unserer Partei auf dem Leipziger Kongreß verlangen müssen. Das ist nur so zu erklären, daß die Genossen, die in der Redaktion sitzen, nicht mit dem Herzen bei der Sache sind. (Zwischenruf Hilferding: Ich habe mein prinzipielles Einverständnis mit der Entscheidung des Parteitag damit bewiesen, daß ich meine Resolution zugunsten der Resolution Ledebour zurückgezogen habe.) Gerade jetzt vor der Wahl ist es gefährlich, wenn in unserer Parteipresse eine Politik der Halbheit betrieben wird. Und gerade die Berliner „Freiheit“ ist für unsere gesamte deutsche Parteipresse tonangebend. Unser Parteitag hat entschieden, daß es die vornehmste Aufgabe der Partei ist, in Massenaktionen die Revolution vorwärts zu treiben, um zur Verwirklichung des Sozialismus zu kommen. Und es ist deshalb Pflicht der „Freiheit“-Redaktion, das Berliner Proletariat in diesem Sinne aufzuklären. Aber die „Freiheit“ hält es mehr mit dem Parlamentarismus, wenigstens macht sie sehr oft entsprechende Verbeugungen nach dieser Richtung. Das kommt ja in dem bereits zitierten Artikel von Rudolf Breitscheid besonders scharf zum Ausdruck. Wir wollen den Gedanken nicht durch den Wahlkampf schleppen, als ob der Parlamentarismus das Mittel ist, mit dem wir unsere Ziele verwirklichen. Nur mit klaren Zielen werden wir den Wahlkampf freudig beieilen.

Hierauf wird Schluß der Debatte beschlossen, und Genosse Däumig bekommt nur das Schlusswort: Unsere Partei beschäftigt sich nunmehr seit einem vollen Monat mit den Fragen der Taktik. In diesem Artikel muß rückwärtslos angesprochen werden, wie die Leipziger Beschlüsse durchgeführt werden sollen. Dieses Moment muß bei dem jetzt zu führenden Wahlkampf im Vordergrund stehen, und das was wohl auch die Veranlassung zu der scharfen Kritik an der Haltung der „Freiheit“ ist. Doch innerhalb der Partei Gegenstände bestehen, wie ja von Karl Kautsky in einem Artikel in der „Weltbühne“ im Februar sehr klar zum Ausdruck gebracht. Kautsky behauptet in diesem Artikel, daß unsere Partei auf dem besten Wege der Verständigung mit den Rechtssozialisten gewesen sei, und daß nur die Haltung der Regierung nach den Januar-Ereignissen diese Entwicklung gestört habe. Gegen diese verkehrte Rechtsfertigung hätte die „Freiheit“ unbedingt antworten müssen. (Zwischenruf Hilferding: Ja durch Ledebour gefahren.)

Der somit mit großer Sachkenntnis geführte gewerkschaftliche Teil der „Freiheit“ läßt in verschiedenen wichtigen Fragen, zum Beispiel der Haltung unserer Genossen in den Gewerkschaften und in der Frage der Arbeitsgemeinschaft die notwendige Führung vermissen. Die Frage der Sozialisierung ist von größter Wichtigkeit. Es hätte schon längst in der „Freiheit“ darüber Vorschläge gemacht werden müssen, daß die Sozialisierungskommission noch nicht zusammenberufen ist. Darüber hinaus muß man den Massen aber sagen, daß die Sozialisierungskommission auch nicht die Verwirklichung des Sozialismus hindern wird, sondern nur

der prinzipielle Klassenkampf. Auch kann man der „Freiheit“-Redaktion den Vorwurf nicht ersparen, daß sie in der auswärtigen Politik nicht den Standpunkt des Leipziger Parteitag vertreten hat. Man kann aus diesem Grunde der Resolution zustimmen, in der verlangt wird, daß die „Freiheit“-Redaktion sich den Beschlüssen des Leipziger Parteitag mehr anpaßt. Wenn wir jetzt in den Wahlkampf treten, so werden wir innerhalb unserer Partei eine geschlossene Front bilden müssen. Jedoch können wir diesen Wahlkampf nur mit Erfolg führen, wenn wir von unseren klaren prinzipiellen Zielen nichts aufgeben. Und deshalb müssen wir auch von unseren Organen verlangen, hieran festzuhalten.

Genosse Gröbner: Wir verlassen den heutigen Funktionären verlangen, daß sie sich nicht allzu sehr von ihren Stimmungen und Gefühlen bei zu treffenden Entscheidungen leiten lassen. In einer Zeit der Umwälzung wie der gegenwärtigen kann die breite Masse in ihrem Wünschen und Wollen nicht ganz befricdigt werden. Das liegt auch zum großen Teil daran, daß die Massen selbst noch allzusehr der politischen



## Reichstagswähler Groß-Berlins!

Erscheint in Massen in den am Dienstag, den 4. Mai, abends 7 Uhr in allen Stadtteilen und Vororten stattfindenden

### 20 Wähler-Versammlungen

Referenten sind die Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie Die Lokale werden in der Dienstag-Morgen-Ausgabe der „Freiheit“ bekannt gemacht



Schulung bedürfen, um zu einer vollen politischen Reife zu kommen. Es ist deshalb Pflicht des Führers, zu prüfen, was er tun muß und was er nicht tun darf. Es darf dabei für ihn nicht von Entscheidung sein, ob er den Beifall der Massen bekommt. Durch den Zwang der Entwicklung werden wir immer mehr die Massen als unsere Stütze bekommen. In dem Moment, wo die Massen sich stark und kräftig fühlen, werden sie aktionsfähig sein und erst dann werden wir unser Aktionsprogramm durchführen können. Dann wird das Proletariat die politische Macht übernehmen und der Sozialismus verwirklicht werden können. Diesen Standpunkt habe ich in einer Reihe von Artikeln in der „Freiheit“ deutlich ausgesprochen. Unsere Taktik muß so eingestellt sein, daß wir immer mehr Arbeitermassen für unsere Politik gewinnen und daß wir als starke kampffähige Partei das völlige Vertrauen der Massen genießen. Die Taktik muß aber auch beweglich sein und muß sich den gegebenen Tatsachen und Verhältnissen anpassen. Jeder Einzelne von uns muß aber auch eine Kritik vertragen können, wenn sich diese sachlich äußert.

Der Parteitag hat mit voller Absicht in das Programm hineingeschrieben, daß auch der Parlamentarismus als Kampfmittel benutzt werden soll, ohne daß daraus gefolgert werden kann, daß wir den Parlamentarismus als dauernde Einrichtung wünschen. In der Frage des Präsidiums kann ich feststellen, daß ich schon vor Jahresfrist einen Standpunkt eingenommen habe, der jetzt von maßgebenden Parteigenossen vertreten wird. In dem Tage, wo wir die politische Macht übernehmen, da wird das Proletariat abtreten müssen, um einem Rätekonzeß Platz zu machen, in dem es nur revolutionäre Sozialisten geben kann. Die Koalition mit den bürgerlichen Parteien ist dann erledigt. Wenn wir den Sozialismus verwirklichen wollen, müssen wir ihn alle in uns erleben und nicht nur predigen.

Zur Frage der Dritten Internationale habe ich mich geäuert, einer Annäherung zu sein mit dem Genossen Ledebour. Wir konnten nicht bedingungslos nach Moskau gehen wegen der uns damals vorgeschriebenen Bedingungen. Diese Bedingungen sind jetzt noch verschärft worden. Moskau verlangt jetzt, daß der rechte Flügel der U. S. P. D. aus der Partei ausgeschlossen wird und daß sich der linke Flügel der U. S. P. D. anschließt. (Lachen.) Dann erst könne die U. S. P. D. in der dritten Internationale aufgenommen werden. Die Parteileitung ist bereit, eine Kommission nach Moskau zu schicken, an der sich sowohl Genosse Däumig sowie auch ich beteiligen wollen, um mit den Moskauer Genossen direkt in Verbindung zu treten und ihnen die Unmöglichkeit ihrer Auffassung klar zu machen.

Der hier in der Diskussion beanstandete Artikel in der „Freiheit“ ist vom Genossen Breitscheid geschrieben worden. Es muß jedem Genossen frei stehen, in der „Freiheit“ seine Meinung zu sagen, auch wenn er nicht den Standpunkt der Redaktion oder des Parteivorstandes vertritt. Im Uebrigen kann festgestellt werden, daß die „Freiheit“ selbständig zum Wahlkampf Stellung genommen hat und darin vollständig die Auffassung des Parteitag beschließt und des Parteivorstandes vertritt hat. Deshalb rate ich dringend davon ab, daß der Redaktion ein Mißtrauensvotum ausgesprochen wird.

Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen wird folgende, vom Genossen Herz eingebrachte Resolution gegen wenige Stimmen angenommen:

„Die Generalversammlung steht im Generalstreik den Vorläufer einer Reihe von Massenaktionen, die zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat führen werden. Sie anerkennt das Gewicht der Gründe, die für das praktische Behalten der Partei und Streikleitung maßgebend waren. Sie erklart in der Revolutionierung der Massen und in der Verschärfung des Klassenkampfes die wesentlichen Ergebnisse dieses Kampfes.

Sie betrachtet es als Aufgabe der U. S. P. D. die dadurch geschaffene Situation im revolutionären Sinne auszunutzen, um den Massen die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats zur Verwirklichung des Sozialismus klar zu machen und die künftigen Kämpfe vorzubereiten.

Diesem Ziel muß auch die Führung des Wahlkampfes dienen, indem durch grundsätzliche Agitation die Massen für den revolutionären Sozialismus gewonnen werden müssen. Zur erfolgreichen Durchführung des Wahlkampfes ist die volle Einmütigkeit und Geschlossenheit der Partei ein dringendes Gebot. Die Generalversammlung fordert alle Parteigenossen und Genossinnen auf, sich mit voller Kraft in den Dienst der Agitation und Propaganda zu stellen.“

Mit 225 gegen 170 Stimmen Beschloß daraufhin die Generalversammlung, daß mit Annahme dieser Resolution alle anderen prinzipiellen Resolutionen und Anträge, auch die über die Haltung der „Freiheit“ erledigt sind.

Ein Antrag auf Nichtbilligung des Verhaltens von Groß-Charlottenburg wird für erledigt erklärt, nachdem der Vorsitzende mitgeteilt hat, daß gegen Groß bereits ein Ausschlußverfahren schwebt.

erner stimmte die Generalversammlung einem Antrage zu, der zur Kontrolle der politischen Haltung der „Freiheit“ die Einsetzung einer Prüfkommission fordert, die sich aus je einem Vertreter der Distrikte Groß-Berlins zusammensetzen soll. Diese Prüfkommission soll nicht mit dem Ausschußrat identisch sein.

## Lloyd George über Deutschlands Lage.

In seiner Unterhausrede über San Remo sagte Lloyd George noch englischen Blättern über die Lage in Deutschland, daß nach Verzicht englischer Offiziere in Deutschland Hunger und Verfall. In manchen Landesteilen erhalte die Bevölkerung nur ein Drittel bis die Hälfte der zur Erhaltung des Lebens notwendigen Kalorien. Die Bevölkerung lebe ausschließlich von Pflanzenkost, noch dazu von solcher ohne Nährwert. Hier liege die Hauptverantwortung der deutschen Regierung.

Weber den Rapp-Ruß sagte er: Englische Offiziere haben mir auch den Einmarsch der Truppen in Berlin geschildert. Es waren nur etwa 3000 bis 4000 Mann. Sie erwarteten, daß man ihnen als Befreier jubeln werde. Nach ganz kurzer Zeit sind diese bedauernswerten Menschen, die einen großen militärischen Staatsstreich auszuführen hofften, inne geworden, daß Deutschland nichts mehr mit dem Militarismus zu tun haben wolle und daß die gesamte Bevölkerung nicht nur die Arbeiter, sondern auch der Mittelstand und viele Angehörige des alten Adels gegen sie seien. Die Wiedergutmachung, meinte Lloyd George, werde möglich, sobald Deutschland nicht mehr hungere.

## Der Eisenbahnerstreik in Frankreich.

Paris, 2. Mai. Vom Eisenbahnerstreik merkte man bis gestern Abend wenig. Angeblich sind durchschnittlich 10 Prozent der Eisenbahner ausständig, in Paris von 45 000 Angestellten 13 000. Das Gewerkschaftsblatt „La Paillasse“ erklärt nach Mitteilung der Eisenbahnergewerkschaft, daß man mit der Beteiligung zufrieden ist und daß namentlich die Eisenbahnen der Nord- und Ostbahn, die im Februar dem Ausstand ferngeblieben waren, sich diesmal beteiligen. Das Blatt bezeichnet die Mitteilungen der Eisenbahngesellschaften als nicht den Tatsachen entsprechend.

Der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) hat gestern Abend beschlossen, die Bergarbeiter, die Dockarbeiter und die Eingeschriebenen der Handelsmarine für Montag zum Ausstand aufzurufen, und sich mit der durch die Eisenbahnergewerkschaft hervorgerufenen Bewegung solidarisch erklärt.

Paris, 1. Mai. Habas berichtet, daß mehrere Gewerkschaften in Versammlungen Tagesordnungen angenommen haben, in denen sie sich mit den streikenden Eisenbahnern solidarisch erklären. Der Vollzugsausschuß der Eisenbahner fordert auf, bis zur allgemeinen Erfüllung der Forderungen, auszuharren.

## Das Existenzminimum in Groß-Berlin.

Nach Kuzynskis Berechnungen in der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin vom April 1914 bis zum April 1920 gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,70 M. auf 138 M., d. h. auf das 11,1-fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,25 M. auf 270 M., d. h. auf das 12,1-fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 25,75 M. auf 306 M., d. h. auf das 12,7-fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt noch 8 bis 9 Pf. wert.

Friedensratifikation in England. Das englische Unterhaus hat den österreichischen und bulgarischen Friedensvertrag in allen Dingen angenommen. Verschiedene Sprecher bezeichneten den österreichischen Vertrag als zu scharf und beantworteten eine Revision.

## Groß-Berlin.

### Jugend-Valentag.

Der Kapitalismus khont mit seiner Ausbeutungslehre weder Alter noch Geschlecht. Männer, Frauen und Kinder gemieden in dieser Beziehung volle Gleichberechtigung. In Wirklichkeit unterliegen die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen einer schrankenloseren Ausbeutung als die Erwachsenen. Noch viel zu wenig erkennen die Berufsorganisationen ihre Pflicht, auch die Interessen der jugendlichen Berufsangehörigen wahrzunehmen. Für diese heißt es immer noch: Piff dir selbst! Und vieles liegt auf dem Gebiete des Jugendaufbaues noch im argen. Wir erinnern nur an das Kapitel Lehrlingszuchterei und Lehrlingsausbeutung.

Um für eine Reihe ihrer Forderungen zu demonstrieren, hatten die freie sozialistische Jugend und die Sozialistische Proletarierjugend am gestrigen Sonntag eine Kundgebung veranstaltet. Etwa 4000 jugendliche beiderlei Geschlechts waren diesem Rufe gefolgt und hatten sich bei dem Restaurant „Herdebut“ in Sadowa versammelt. Aus allen Bezirken Groß-Berlins waren sie in der Frühe des Tages in Gruppen zusammengeströmt. Der Vormittag war turnerischen Übungen und Spielen im Wald und auf der Wiese gewidmet. Mittags um 1 Uhr begann die offizielle Feier. Diese wurde eingeleitet durch Meditationen, denen eine mit jubelndem Beifall aufgenommene Festrede folgte. Den Schluß bildeten Massengesänge.

Anschließend an die Feier formierte sich ein gewaltiger Demonstrationsszug, der sich um 3 Uhr in Bewegung setzte. Voran die musizierende Jugend, im Zuge selbst zahlreiche rote Köpfe und Banner und überall kampfesfrohe Gesichter. Von Sadowa aus bewegte sich der Zug über Stankendorf nach Rummelsburg und von dort durch die Frankfurter Allee nach dem Alexanderplatz, wo er aufstandhielt.

Die Jugend, die den Sozialismus auf ihre Köpfe geschrieben hat, tritt nicht als Wütender auf, sondern als

